

42. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 17. Oktober 2013

Top 7: Ursachenforschung: Die große Anzahl an Krankenständen im öffentlichen Dienst am Beispiel der Polizei in NRW

Große Anfrage 1

Der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/763

Zwischenbericht

Der Landesregierung

Drucksache 16/1570

Antwort

Der Landesregierung

Drucksache 163389

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst wünsche ich unserem Kollegen und Polizisten Herrn Bialas von Herzen gute Besserung.

Zum Thema: Die uns vorliegenden Fragen und die Antworten scheinen mir zu ungenau, um die Ursachen der Krankenstände hinreichend aufzuklären. Fakt ist jedoch, dass der Polizeiberuf nicht zu den gesündesten gehört. Meiner Meinung nach liegen die Ursachen für den vergleichsweise hohen Krankenstand auf der Hand. Unsere Beamten leisten eine unglaublich wertvolle Arbeit und sind tagtäglich erheblichen Belastungen ausgesetzt, die sich auf Dauer, zum Beispiel durch den Wechselschichtdienst, noch verstärken.

Die körperliche Belastung beginnt beim klassischen vielen Sitzen – sowohl am Schreibtisch als auch im Streifenwagen. Andere körperliche Belastungen stellen die Festnahme sich widersetzender Verdächtiger oder der Wegtransport von Demonstranten dar.

Die Beamten in Spezialeinheiten oder Hundertschaften, die für die Sicherheit in Fußballstadien sorgen, bei Demonstrationen zugegen sind oder beispielsweise die Sicherung der Castor-Transporte übernehmen, tragen häufig schon mit ihrer Ausrüstung über 20 kg zusätzlich am Körper und das häufig einen ganzen Tag. Auf die extreme Lärmbelastung für die Diensthabenden bei den genannten Anlässen möchte ich gar nicht weiter eingehen.

Als Ausgleich wird den Beamten im Außendienst Dienstsport angeboten. Ob dieses Angebot ausreichend ist, sollte überprüft werden. Wir müssen die Beamten motivieren, und diese müssen sich auch selbst motivieren, Sport zu treiben. Denn ihre körperliche Fitness ist für ihre Tätigkeit und vor allem für die eigene Gesundheit unverzichtbar. Eine sinnvolle Sportart ist sicher das Schwimmen. Um dies zu betonen, hat der frühere FDP-Innenminister Wolf als Einstellungsvoraussetzung für Polizisten den bestandenen Rettungsschwimmer eingeführt.

Oft noch schwerwiegender als die körperliche Belastung ist im Polizeiberuf die psychische: durch Gespräche mit potenziellen Selbstmördern, Tote bei Unfällen, die Überbringung von Todesnachrichten und eventuell den Einsatz der Schusswaffe. Auch bei psychischen Belastungen ist eine Verstärkung mit zunehmender Dauer zu beobachten, zum Beispiel wenn Beamte in so erschütternden Bereichen wie Tötungsdelikten, Kindesmissbrauch oder Kinderpornografie ermitteln.

Oft trifft es Polizisten und Polizistinnen auch völlig unerwartet, wenn sich ein vermeintlicher Routineeinsatz zu einer brisanten Lage entwickelt und in kürzester Zeit Entscheidungen mit oft gravierenden Folgen für alle Beteiligten getroffen werden müssen.

Immer mit im Dienst sind die Risiken. Werde ich selbst verletzt? Hat der Demonstrant, der mich bespuckte, eine ansteckende Krankheit? Was ist, wenn der Verletzte mit Hepatitis oder HIV infiziert war? Traumatisierende Ereignisse wie Leichenfunde, schwere Verkehrsunfälle mit Toten, eigene Verletzungen oder – ich glaube das Schlimmste, was einem Beamten widerfahren kann – ein Kollege, der den Einsatz nicht überlebt.

Nach besonders belastenden Einsätzen ist kompetente Hilfe und Fürsorge notwendig. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen bietet deshalb ihren Beamtinnen und Beamten eine Ad-hoc-Betreuung rund um die Uhr an. Für die medizinisch-psychologische Erstbetreuung bei posttraumatischen Belastungsstörungen steht ein Team aus Polizeiärzten, Psychologen und erfahrenen Beamten bereit.

Besonders wichtige Aspekte zur Senkung des Krankenstandes durch langwierige Erkrankungen, insbesondere Depressionen und Angstzustände, sind ambulante psychotherapeutische Behandlungen und die Prävention. Doch die Wartezeit auf ein erstes Gespräch beim Psychotherapeuten beträgt in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 13,8 Wochen – zu lange für den Beamten, dem es schlecht geht. Diese Wartezeit muss reduziert werden.

Unser Gesundheitssystem kann viele Erfolge bei der Prävention von psychischen Erkrankungen vorweisen. Das machen zahlreiche Projekte der Krankenkassen bei Maßnahmen zur Stressbewältigung in Betrieben und Verwaltungen deutlich.

Mit dem Gesetz zur Gesundheitsvorsorge wollte das FDP-geführte Bundesgesundheitsministerium diese Aktivitäten in Zukunft verstärken. Dies wurde jedoch durch die Blockadepolitik von Rot-Grün im Bundesrat verhindert.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wichtig für die Psyche unserer Polizisten ist auch die Wertschätzung ihrer Arbeit, beispielsweise durch einen zusätzlichen Stern oder durch die Verbesserung der Einkommenssituation. Dass viele Beamte für die nächsten zwei Jahre keine Erhöhung ihrer Bezüge erwarten dürfen, wirkt sich sicherlich nicht positiv auf deren Wohlbefinden aus.

(Beifall von der FDP)

Die FDP-Landtagsfraktion konnte dem Vorschlag der Landesregierung zur Beamtenbesoldung nicht zustimmen und hat daher Klage eingereicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Landtag Nordrhein-Westfalen

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen das Wort. Ralf Jäger, bitte schön.